

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10; 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pptrn d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski
MdB, Stellvertretender SPD-
Vorsitzender, fordert die
Sozialdemokraten auf, den
DGB-Aufruf "Solidarität für
Polen" mit ganzer Kraft zu
unterstützen: Solidarität
praktizieren.

Seite 1

Ulrich Dübber MdB zur Dis-
kussion um die Partelen-
finanzierung: Das wichtig-
ste wäre zu sparen.

Seite 3

Manfred Wagner MdEP bean-
sprucht von der EG-Kommis-
sion die Genehmigung der
Beihilfen für das Stahl-
restrukturierungsprogramm:
Nicht weiter auf dem Rücken
des Saarlandes.

Seite 5

Dokumentation:

Sozialdemokraten solidari-
sieren sich mit SOLIDARNOCS.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 244

22. Dezember 1981

Solidarität praktizieren

Sozialdemokraten unterstützen DGB-Aufruf mit aller Kraft

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Die deutschen Sozialdemokraten verfolgen mit großer Anteil-
nahme und mit wachsender Besorgnis die Entwicklung in Polen.
Das leidgeprüfte polnische Volk ist gerade jetzt auf unsere
volle Solidarität und auf unsere praktische Hilfe angewie-
sen. Die SPD begrüßt deshalb den Spendenaufruf des Deutschen
Gewerkschaftsbundes für Polen und ruft alle ihre Mitglieder
und Freunde auf, den soeben vom DGB ins Leben gerufenen ge-
meinnützigen Verein "Solidarität für Polen, Deutscher Ge-
werkschaftsbund" mit ganzer Kraft zu unterstützen. Den ar-
beitenden Menschen in Polen "bei der Bewältigung ihrer Ver-
sorgungsprobleme in diesem Winter zu helfen", wie es in dem
DGB-Aufruf heißt, muß uns allen ein Anliegen sein. Polen ist
in Not. Es geht darum, von Solidarität nicht nur zu reden,
sondern sie auch tatkräftig zu praktizieren.

Wir erinnern die polnische Militärregierung heute mit allem
Nachdruck an ihre Zusicherungen, daß der Prozeß der inneren
Reformen und der Erneuerung des Landes nicht unterbrochen,
sondern fortgesetzt werden soll. Inzwischen müssen wir zur
Kenntnis nehmen, daß Tausende von Gewerkschaftern inhaftiert
wurden, Demonstranten gegen dieses Unrecht verfolgt werden
und die seit August 1980 wirksame polnische Reform- und
Erneuerungsbewegung für Menschenwürde und Arbeiterrechte im
ganzen Land niedergeschlagen wird.

Kostenlos umgesetz
mit erneuerten Rücklagen
Recycling-Papier



In dieser Situation fordert die SPD unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung des Bundestages zur Lage in Polen vom 18. Dezember insbesondere:

- Die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen,
- die Beendigung von Gewaltanwendung und Blutvergießen,
- die sofortige Freilassung der Inhaftierten und
- die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den gewählten Sprechern der "Solidarität" und der anderen wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte mit der Regierung.

Die Ereignisse in Polen sind angetan, die Hoffnungen auf Ausgleich und Normalisierung in Europa zu erschüttern und den Prozeß der Entspannung zu gefährden.

Auch die Parteien der Sozialistischen Internationale verfolgen die gefährliche Zuspitzung der Lage in Polen mit wachsender Besorgnis. Zwischen den Parteien ist ein intensiver Konsultationsprozeß im Gang. Auf Veranlassung des Präsidenten der SI, des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, wird die Sozialistische Internationale in Kürze erneut zu den Vorgängen Stellung nehmen und auf eine Beendigung des Ausnahmezustandes in Polen drängen.

Bei alledem kommt es darauf an, die Kräfte der Besonnenheit und der Mäßigung gerade in einer kritischen Situation zu stärken. Kraftmeierische Redensarten von außerhalb helfen den Menschen in Polen nicht. Für Versuche, die polnischen Ereignisse in anderen Ländern zum Gegenstand parteiegoistischer Auseinandersetzungen zu machen, fehlt uns jedes Verständnis. Wer sich daran beteiligt, muß wissen, daß er es auf dem Rücken des polnischen Volkes tut. (-/22.12.1981/ks/oa)

+ + +

(Dieser Appell Hans-Jürgen Wischniewskis ist zusammen mit dem Spendenaufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes "Solidarität für Polen" allen Untergliederungen der SPD zugesandt worden.)



Das Wichtigste wäre zu sparen

Weder Gerichte noch Kommissionen werden Neues zur Parteienfinanzierung sagen

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Als 1959 mit erstmals fünf Millionen DM die staatliche Parteienfinanzierung begann ("Der verhängnisvolle Antrag Stoltenberg", so später der Kieler Politikwissenschaftler Professor Michael Freund), war eines der wichtigsten Argumente aus den Reihen von CDU/CSU und FDP, daß auf dem Wege über die öffentlichen Haushalte die Parteien von ihren Spendern unabhängig gemacht werden sollten. In Erinnerung war noch der Erpressungsversuch an der FDP 1956, der nach der Bildung des SPD/FDP-Kabinetts Steinhoff in Düsseldorf von der Industrie die Mittel gesperrt worden waren. Mit den dunklen Abhängigkeitsverhältnissen sollte endlich Schluß sein.

20 Jahre später haben wir beides: Die Staatsfinanzierung der Parteien (1980 allein im Bundeshaushalt mit 59 Millionen DM) sowie dazu die verdeckten Spenden, die von den Mäzenen nur unter der Voraussetzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit gegeben werden. Da dies das Bundesverfassungsgericht fünfmal verboten hat - und nicht zu erkennen ist, warum die Richter ein sechstes Mal anders entscheiden sollten -, ermitteln nun die Staatsanwälte, welche Umwege eingeschlagen worden sind.

Jetzt werden Auswege diskutiert. Für eine Änderung des Grundgesetzes wird es keine Zweidrittelmehrheit geben, eine einfache für eine Amnestie ist unwahrscheinlich. Eine unabhängige Kommission beim Bundespräsidenten soll einen Ausweg finden, aber sie wird sich auch nicht schlauer machen können, als die Kommission von 1955, der unter anderem so bekannte Professoren wie Scheuner, Bergsträsser, Eschenburg, Forsthoff, Freund, Crewe, Leibholz, Mauntz, Rothfels, Spranger, Stammer und Sternberger angehörten und deren Gutachten 246 Seiten umfaßte. Eine einfache Neuauflage würde eine neue Kommission ersparen. Die vielbeklagte mangelnde Gleichstellung mit den (steuerlich begünstigten) Wohlfahrtsverbänden scheitern eben daran, daß das Rote Kreuz nicht die Gesetze macht und die Regierung stellt, was allein das Privileg der Parteien ist. Das alles hat Karlsruhe seitenlang aufgeschrieben.

Es ist an einen Fonds beim Bundespräsidenten gedacht worden, dorthin sollten die Spenden gehen, sie würden dann anteilig an die Parteien weitergereicht werden. Das bringt nichts, denn von den Spenden sind ohnehin rund 50 Prozent durch Steuernachlaß vom Steuerzahler finanziert, es müßte laut Rechtsprechung aus Karlsruhe nach einem Verteilerschlüssel analog dem letzten Wahlergebnis ausgezahlt werden. Dann kann man gleich bei der Wahlkampfkostenerstattung nach dem Parteiengesetz bleiben, die jetzt praktiziert wird, man müßte sie nur etwas aufstocken.

Diese 3,50 DM pro Wählerstimme sollte man in der Tat angemessen erhöhen, sie wäre jährlich an die Teuerungsrate anzupassen und nicht, wie bisher, in großen Zeitabständen. Das gleiche gilt bei der Freigrenze der Einkommenssteuer (jetzt 1.800/3.600 DM), auch sie muß nicht zehn Jahre lang unverändert bleiben.



Das wichtigste aber wäre die Rückführung der Partelausgaben auf - sagen wir - den Stand von 1971. Ich halte das für zumutbar. Die Schatzmeister sind es nicht gewesen, die die Kosten nach oben getrieben haben, aus ihrer undankbaren Situation haben sie stets gegen neue Ausgaben gekämpft. Es wurde zuviel Personal eingestellt und zuviel Papier bedruckt. Die Vervollkommung der REPRO-Technik führte dazu, daß heute schon in Kreisvorständen dicke "Tischvorlagen" verteilt werden. Sogar die junge Generation, die im Wohlstand aufgewachsen ist, schätzt ausgiebige Protokolle und "Infos".

Auch die Parlamentsfraktionen könnten sparen. Es muß nicht jeder Abgeordnete, der eine ad-hoc-Kommission gründet, dafür einen Assistenten eingestellt bekommen. Umgekehrt müssen Assistenten auch kein höheres Gehalt als Abgeordnete beziehen. Als Mitglied des Haushaltsausschusses durchforste ich monatelang die Etats der Bundesministerien, aber den meines Fraktionssekretariats kenne ich nicht.

Schließlich könnten Wahlkämpfe ebenso wie Parteitage zeitlich verkürzt werden. Das Instrument der Wahlkampfkostenbegrenzung ist noch nicht ausgereizt. Das alles zusammen, verbunden mit maßvoller Erhöhung der öffentlichen Mittel, müßte uns ein Stück weiterbringen.

(-/22.12.1981/ks/ca)

+ + +



Nicht weiter auf dem Rücken des Saarlandes

Die Kommission muß endlich Beihilfen für das Stahl-Restrukturierungsprogramm genehmigen

Von Manfred Wagner MdEP

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Saarland

Auf eine unverzügliche Erteilung der Genehmigung für die von der Bundesregierung bereits im August 1981 vorgelegten staatlichen Beihilfen für das Restrukturierungsprogramm der saarländischen Stahlindustrie und die damit verbundenen sozialen Flankierungsmaßnahmen habe ich in einer Reihe von Gesprächen mit den zuständigen Kommissaren Etienne Davignon und Frans Andriessen sowie mit den Generaldirektoren Fernand Braun (Stahlpolitik), Manfred Caspari (Wettbewerbspolitik) sowie Claus-Dieter Ehlermann (Juristischer Dienst) mit Nachdruck hingewirkt. Dabei habe ich vor allem auf die existentielle Bedeutung dieses Dringlichkeitsanliegens für die saarländische Stahlindustrie sowie die betroffenen Arbeitnehmer und damit für das mit extrem hoher Arbeitslosigkeit und schweren Strukturproblemen belastete Saarland hingewiesen. Außerdem ging es auch um die uneingeschränkte Fortgeltung der Unterstützungstarife für die saarländische Montanindustrie, für die sich die Bundesregierung ebenso wie für die Stahlbeihilfen in Brüssel einsetzt.

Insbesondere angesichts der von der saarländischen Stahlindustrie erbrachten Vorleistungen und der damit verbundenen Betriebsstillegungen und außerordentlich hohen Arbeitsplatzopfer im Rahmen des Stahlrestrukturierungsprogramms, das von der EG-Kommission als in Europa beispielhaft bewertet wird, muß jetzt endlich ohne weitere Zeitverzögerung positiv über die von der Bundesregierung beantragte Genehmigung entschieden werden.

Die weiter verschärfte Situation an der Saar macht eine dringliche positive Entscheidung durch die EG-Kommission notwendig und duldet keine weiteren ungerechtfertigten Prüfungsmanöver unter Berufung auf den verschärften Stahlbeihilfekodex, der vom EG-Ministerrat im Frühjahr 1981 beschlossen wurde. Es geht um das wirtschafts- und beschäftigungspolitische Schicksal einer ganzen Region und um die Existenz vieler Arbeitnehmer und ihrer Familien. Die zunehmende Beunruhigung bei den Betroffenen ist selbstverständlich und muß für die Verantwortlichen der EG-Kommission Anstoß sein, die dringend notwendigen Staatsbeihilfen und die Verlängerung der Unterstützungstarife sofort positiv zu entscheiden, nachdem bereits 1978 das saarländische Stahlrestrukturierungsprogramm verbunden mit den Sozialflankierungsmaßnahmen grundsätzlich von der EG genehmigt worden ist.

Es geht nicht an, daß die Bundesrepublik Deutschland und das Saarland sowie die saarländische Stahlindustrie, die sich korrekt und fair unter Hinnahme schwerer Arbeitsplatzverluste durch die saarländischen Arbeitnehmer an die EG-Stahlkrisenkonzeption gehalten haben, jetzt auch noch in völlig ungerechtfertigter Weise hinhaltend behandelt werden, während die Regierungen anderer Mitgliedsstaaten und bestimmte Stahlkonzerne an der EG-Kommission vorbei Staatsbeihilfen in Milliardenhöhe ohne Genehmigungsverfahren manövrierten.

(-/22.12.1981/ks/ca)

* * *



DOKUMENTATION

In einer gemeinsamen Erklärung haben die vier Mitglieder des SPD-Parteivorstandes Heinz Junker, Klaus Matthiesen, Peter von Oertzen und Werner Vitt sowie der JusO-Bundesvorsitzende Willi Piecyk die Unterdrückung der unabhängigen Gewerkschaft SOLIDARNOSC sowie die Machtausübung durch das polnische Militär verurteilt:

Sozialdemokraten solidarisieren sich mit SOLIDARNOSC

Als Sozialdemokraten und als Gewerkschafter erklären wir unsere volle Solidarität mit dem polnischen Volk, mit den polnischen Arbeitern und mit unseren kämpfenden Gewerkschaftskollegen. Wir verlangen von dem polnischen Militärregime die Beendigung der gewaltsamen Unterdrückung, die Freilassung aller Gefangenen und die Wiederherstellung der politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten. Alle diejenigen, die bisher noch Reste von Sympathie mit dem sogenannten real existierenden Sozialismus bewahrt haben, fordern wir auf, ihre Illusionen endlich zu begraben. An diesem System ist - mit Rudi Dutschke gesprochen - alles real, nur nicht der Sozialismus. Ohne freie Meinungsäußerung und freie Presse, ohne freie politische Organisationen und freie Gewerkschaften, ohne Streikrecht und freie Wahlen, kurz ohne Demokratie ist Sozialismus nicht möglich.

Gleichzeitig weisen wir den lautstarken Protestlärm der USA und ihrer westdeutschen konservativen Mitläufer als pure Heuchelei zurück. Wer in Vietnam einen völkermörderischen Kolonialkrieg geführt oder gerechtfertigt hat, wer demokratische Regierungen wie in Guatemala 1954, San Domingo 1965, Chile 1973 gestürzt hat oder hat stürzen lassen, wer jahrzehntelang den organisierten Massenmord durch das Somoza-Regime in Nicaragua geduldet und gefördert hat, wer die Unterdrückung politischer und gewerkschaftlicher Freiheiten in Argentinien oder Brasilien wohlwollend hinnimmt, der hat jedes moralische Recht zur Kritik an der Unterdrückung in Polen oder Afghanistan verwirkt.

Wir wenden uns entschieden gegen alle Rüstungspropagandisten, die Polen - wie zuvor schon Afghanistan - als Vorwand benutzen, um noch mehr U-Boote, Raketen oder Atombomben zu fordern. Sie wollen und werden dem polnischen Volk nicht helfen.

Die Freiheit der Menschen und der Völker, Demokratie und wirklicher Sozialismus können nur in politischer Unabhängigkeit von den Supermächten, im Kampf gegen Imperialismus, Großmachtpolitik und Rüstungswahn errungen und verteidigt werden.

(-/21.12.1981/vo-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

